

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
29. Sitzung

20.05.1987
rp-mm

Ministerialdirigent Dr. Bussfeld erwidert, die LEG befinde sich in einer Phase der Umstrukturierung. Zum Unternehmenskonzept gehöre es, für eine bessere Auslastung des Personals und eine damit zu erzielende bessere Rentabilität dadurch zu sorgen, daß man in bestimmten Fällen versuche, preiswerten Mietwohnungsbestand hinzuzuerwerben. Das sei in verschiedenen Fällen bereits geschehen. So sei der Wohnungsbestand der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Duisburger Kupferhütte erworben worden. Die LEG werde sicherlich weiterhin versuchen, auf diese Weise die eigenen Renditemöglichkeiten zu verbessern und gleichzeitig einen gewissen kompensatorischen Beitrag beim Auslaufen der Sozialbindungen zu leisten.

Die Frage des Abg. Doppmeier (CDU), ob die beabsichtigten Aktivitäten der LEG vom Gesellschaftszweck gedeckt seien, wird von Ministerialdirigent Dr. Bussfeld bejaht. Dieses Konzept sei in allen Gremien der LEG mehrfach erörtert worden, und es gebe keinen Zweifel, daß es mit dem satzungsmäßigen Zweck der LEG vereinbar sei.

Auf die weitere Frage des Abg. Doppmeier (CDU), ob es zutreffe, daß andere Gesellschafter der LEG diese Entwicklung sehr skeptisch betrachteten, erwidert Ministerialdirigent Dr. Bussfeld, er komme hier in die Schwierigkeit, über die Motive von Gesellschaftern berichten zu sollen, die teilweise nichts mit diesem Unternehmenskonzept zu tun hätten. Zusammenfassend könne man sagen: Einige Gesellschafter seien aus rechtlichen Gründen und auch aus anderen Überlegungen heraus daran gehindert, bei solchen Operationen notwendig werdende Kapitalerhöhungen oder ähnliche Dinge, die auf die Dauer nicht zu vermeiden sein würden, mitzutragen. Dies führe dazu, daß sich diese Gesellschafter gegenüber dem Konzept nicht negativ äußerten, aber erklärt hätten, daß sie es nicht durch zusätzliche Eigenleistungen aktiv begleiten könnten.

Zu 3: Weiteres Vorgehen im Zusammenhang mit Wohnungsverkäufen der Neuen Heimat

Ministerialdirigent Dr. Bussfeld berichtet, zum Verfahren auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen sei zu sagen, daß die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen gegen den Bescheid des Regierungspräsidenten vom 30. Dezember 1986 am 30. Januar 1987 Widerspruch eingelegt habe. Diesen Widerspruch habe sie gegenüber dem Regierungspräsidenten durch Schriftsätze vom 13. Februar und 30. März 1987 begründet. Der Regierungspräsident habe dem Ministerium schriftlich und mündlich zu diesem

Verfahren berichtet. Mit Erlaß vom 30. April 1987 sei er gebeten worden, den Entwurf des Widerspruchbescheids baldmöglichst vorzulegen. Dies habe der Regierungspräsident am 5. Mai 1987 getan. Nunmehr finde im Ministerium die fachaufsichtliche Prüfung statt. Sie sei noch nicht abgeschlossen.

Abg. Kuhl (F.D.P.) möchte wissen, welche Überlegungen die Landesregierung derzeit hinsichtlich des Kaufs von 43 000 Wohnungen der Neuen Heimat anstelle.

Ministerialdirigent Dr. Bussfeld antwortet, die Verhandlungen mit den Beteiligten liefen weiter. Es gelte die Zusage der Landesregierung in der entsprechenden Regierungserklärung, daß vor rechtsverbindlichen Entscheidungen die Fraktionen in der von ihnen gewünschten Form unterrichtet würden.

Auf die Frage des Abg. Soénius (CDU), wer die Beteiligten seien, erwidert Ministerialdirigent Dr. Bussfeld, die Beteiligten seien die Banken, die Eigentümer der Neuen Heimat und diejenigen, die als Mitarbeiter von den Betroffenen hinzugezogen würden. - Auf eine weitere Frage des Abg. Soénius ergänzt er, die Verhandlungen, die darum gingen, daß ein Konzept versucht werde, den Wohnungsbestand der Neuen Heimat in der bekannten Form langfristig zu sichern, würden zur Zeit zwischen den Banken und den Eigentümern geführt. Bei den Eigentümern werde zum Teil Sachverstand der jeweils betroffenen Regionalgesellschaft hinzugezogen.

Auf die Bemerkung des Abg. Soénius (CDU), es müsse doch auch Verhandlungen mit jemandem geben, der erwerben solle, entgegnet Ministerialdirigent Dr. Bussfeld, im Ausschuß sei mehrmals über die denkbaren Möglichkeiten, Erwerber und ähnliches berichtet worden. Daran habe sich im Prinzip nichts geändert. Allerdings seien hier konkrete Verhandlungen erst dann zu führen, wenn die Verhandlungen mit Eigentümern und Banken zu einem Ende gekommen seien.

Auf eine weitere Frage des Abg. Soénius (CDU) führt Minister Dr. Zöpel aus:

Die Notwendigkeit, sich weiter darum zu kümmern, was aus der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen werde, liege auf der Hand: zumindest wegen des Kreditengagements der Wohnungsbauförderungsanstalt und aus wohnungspolitischen Gründen. Es sei bekannt, daß sich die Eigentümer der Neuen Heimat, die BGAG, von dem Wohnungsbestand trennen wollten und daß sich die Banken um eine sie zufriedenstellende Lösung bemühten. Deshalb sei die Landesregierung mit den Eigentümern und den Banken im Gespräch über deren Vorstellungen.